

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freiliegend, Ortsbezug halbjährl. 2.00 M., Postbez. monatl. 1.50 M., Nachlieferung vorbehalten. Einzelne Exemplare 10 Pf., Sonntags 25 Pf., Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 554. Geschäftsstelle: Pöhlstraße 4; Zweigstelle Gothastraße 38. Für unregelmäßige Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg, Im Fohls 36b. Oem. (Streit ein - besteht i. Z. Nr. 4. P. Nr. 10. R. Nr. 100.)



Anzeigenpreis Für den achtspaltenigen Millimeterraum 8 Goldpfennig; im Reklameteil 32 Goldpfennig. Für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennig. Nachschlag. - Bei Illustrierung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. - Familienanzeigen ermäßigt. - Rabatt nach Tarif. - Platzprospekt ohne Verbindlichkeit. - Belegnummern wird berechnet. - Schluss der Anzeigen-Nachnahme 10 Uhr vorm. - Fernsprecher 100

Nr. 69 Freitag, den 21. März 1924 164. Jahrgang

Dr. Schacht wieder vor dem Währungsausschuß.

Paris, 21. März. Dr. Schacht ist gestern erneut vor dem Währungsausschuß vernommen worden. Heute Vormittag wird der Unterausschuß für Budgetfragen Dr. Pöhl's ändern, der über die Auslegung des deutschen Budgets während der nächsten Jahre einen Bericht erstattet. Das erste und zweite Sachverständigenkomitee haben gestern eine gemeinsame Sitzung abgehalten, um verschiedene Fragen zu besprechen, über die Mac Kennan Ausschüsse von seinen Kollegen des ersten Komitees erheben hat. Der Redaktionsausschuß hat gestern gelagt und zwei Drittel des abgefaßten Berichtes an die Mitglieder des Komitees Dawes überreicht. Dieses Komitee wird heute nachmittags eine Sitzung abhalten, um die mitgeteilten Schriftsätze zu studieren und zu erörtern.

haben eine befristete Rückkehrerlaubnis erhalten. Andererseits sind neue Ausweisungen erfolgt. Auch von den wegen Selbsthilfe gegen die Separatisten nach Abschluß des Speyerer Abkommens verhafteten Wäslern (ungefähr 100) hat bisher noch keiner die Freiheit wieder erlangt. Da die Separatisten französische Waffenbesitze hatten, die als „ordnungsmäßig“ gelten, ist von einer Entlassung entgegen der Erklärung des interalliierten Sonderausschusses praktisch keine Rede. Eine Hausung der deutschen Polizei im Büro der separatistischen Rheinischen Arbeiterpartei wurde von den Franzosen verweigert. Der zweite Versuch des Sonderausschusses hat der französischen Bevölkerung nur geringe Erleichterungen gebracht und die von der Rheinlandkommission verhängte Aufschiebung des Ausschusses wird daher in der Pfalz nicht verstanden. Jedenfalls ist der status quo ante noch nicht wieder hergestellt.

Kapitelüberschriften des Berichtes der Sachverständigen.

Paris, 21. März. Der „Temps“ nennt folgende Kapitelüberschriften des Sachverständigenberichtes: 1. Schaffung einer deutschen Goldnotenbank. 2. Die ausgegliederten deutschen Staatsbudgets mit zweijährigem Moratorium bei Fortsetzung der Steuerungen und Einküdforderungen für die Industrie. 3. Reorganisierung und Ausbeutung der Reichseisenbahnen, in deren Verband die französisch-belgische Regie weiter fungieren. 4. Einmündung der internationalen Anleihen. 5. Ausbeutung von Zuckerrüben, Zucker, Alkohol, Jährdolgmonopolen der Abzehrungsstoffe. 6. Zollvereinfachung und Kontrolle hinsichtlich bestimmter Einnahmen der Eisenbahn und der Eisenbahn. 6. Errichtung des Hypothekensystems auf der deutschen Wirtschaft.

Verchiebung der Gemeindevahlen?

Zu der Frage der Verchiebung der Gemeindevahlen ist im Preussischen Landtag der erwartete Initiativbericht eingegangen, und zwar als Antrag des Zentrums und der Volkspartei, wonach in dem Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindevahlen der auf den 4. Mai 1924 festgesetzte Termin in 1. Juni 1924 umgeändert werden soll.

Die Auslegung der Stimmlisten für die Reichstagswahlen.

Berlin, 21. März. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmzettel für die Reichstagswahlen vom 6. April bis einschließl. 13. April auszuliegen sind. Im reichsweiten Bereich, wo am 6. April die Wahlen stattfinden, sind also im allgemeinen nur eine Ertragung der für die Wahlen vorgesehenen Stimmzettel in Frage kommt, ist die Auslegungfrist auf die Zeit vom 21. bis 27. April festgelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindevorstände bekannt. Einträge müssen bis zum Ablauf der Auslegungfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmlisten eingetragen ist, aber, bei Abwesenheit am Wahlorte am Wahltage sich rechtzeitig einen Stimmzettel hat ausstellen lassen.

Poincarés „Aufsicherungen“

London, 21. März. Poincaré hat tatsächlich den Bankiers durch die Bank von Frankreich die Zulassung gegeben, daß er die Empfehlungen des Dawes-Ausschusses anzu nehmen, wenn sie einmütig (1) erfolgen. Der Ausschuss arbeitet so, daß er zuerst alle Punkte erledigt, wo Einmütigkeit leicht zu erzielen war, und die anderen zurückstellt. Er ist nun von den letzteren und kommt nicht vorwärts. Eine große Gefahr liegt in dem Versuch, durch ein Kompromiß Einmütigkeit um jeden Preis zu erzielen.

Großdeutschlands Schicksalsgemeinschaft.

Wien, 21. März. Der gestrige Abend vereinte den Reichskanzler und Dr. Stresemann mit ihren Begleitungen bei Bundeskanzler Dr. Seipel zum Abendessen, bei dem in sogenannten Ansprachen die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder gefeiert wurden. Den Abschluß bildete eine Zusammenkunft auf der deutschen Gesandtschaft.

Helferlich gegen Stresemanns Außenpolitik.

Wien, 21. März. Wie die „Tribuna“ meldet, hatte ihr Berliner Vertreter eine Unterredung mit Dr. Helfferich. Dieser habe erklärt, daß eine neue Inflation unmöglich wäre. Dagegen sei die geplante kleine Goldbank geeignet, die große internationale Entschuldigungsnotenbank zu gefährden. Hinsichtlich der deutschen Außenpolitik beanruchte Helfferich die Grundzüge und Methoden Dr. Stresemanns, der zu schwierigem mit Frankreich zu erreichen, hat von anderen gegund und unerträglich Eifer gebracht habe, um eine Verständigung mit Frankreich sei nur möglich, wenn man ihm bereitwillig mache, daß es Grenzen der deutschen Nachkriegszeit gebe. Das Ergebnis der bevorstehenden Neuwahlen werden sein, daß kein Kabinett ohne die Deutschnationalen zustande kommen könne.

Versteckte französische Opposition gegen die Sachverständigen.

Paris, 21. März. Die Pariser Abendblätter veröffentlichen kurze Kommentare zu den Sachverständigenarbeiten. Aus ihnen ist deutlich die Ingebuld zu erkennen, mit der man in Paris den Abschluß des Berichtes der beiden Komitees entgegensteht. Im gegenwärtigen Augenblick, meint die „Liberte“, komme es darauf an, eine geschlossene alliierte Front zu bilden, um Deutschland eventuell zur Annahme einer Lösung des Reparationsproblems im Zusammenhang mit den Empfehlungen der Sachverständigenkomitees zu nötigen. Angelegte des aufstrebenden Nachdrucks, mit dem die französischen Blätter seit den letzten 24 Stunden die Sabotageabsichten Deutschlands betreffend die Sachverständigenpläne verächtlich, wird man nicht den Argwohn los, daß Frankreich seinerseits zum Widerstand gegen gewisse Schlussempfehlungen, die sich namentlich auf den wirtschaftlichen und militärischen Abzug aus dem Ruhrgebiet beziehen, zu rufen beginnt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm über Kreditnot und andere Wirtschaftsfragen.

Berlin, 21. März. Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm gewährte dem Berliner Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ Mündlich eine Unterredung über die im Vordergrund des Interesses stehenden wirtschaftspolitischen Fragen. Der Minister betonte besonders, daß er als einer der wichtigsten Aufgaben der weiteren Zukunft ansehe, wieder geeignete wirtschaftspolitische Beziehungen herzustellen. Für Deutschland werde sich diese Umstellung seiner Aufsicht nach etwa in folgenden Etappen vollziehen: 1. Abbau der Einfuhrverbote und Rückkehr zu den Methoden lebhafter Zollpolitischer Einwirkungen auf den Außenhandel; 2. Anpassung unserer autonomen Zolltarife an die in vieler Hinsicht veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse; 3.) Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen zur Sicherung unserer Ausfuhr und auch zur Sicherung einer angemessenen Einfuhr. Nach diesen Richtungen werden im Ministerium Vorkarbeiten geleistet.

Französische Verhältnisse in Bonn.

Paris, 21. März. Nach einer Havasmeldung aus Mainz haben die französischen Befehlshaber in den Deutschen Hugo Schneider sowie mehrere frühere Offiziere, die angeblich dem Verbande Jungdeutscher Erben angehören, in Bonn festgenommen. Der Verband soll trotz seines Bestehens in Bonn keine Tätigkeit mehr ausüben haben. Schneider und seine Kameraden werden sich vor dem Militärgericht wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Rheinlandkommission zu verantworten haben.

Strafantrag Oberst gegen die „Deutsche Tageszeitung“.

Berlin, 20. März. Halbdämlich wird mitgeteilt: Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer gestrigen Abendausgabe einen Artikel veröffentlicht, in dem die Herren Reichspräsidenten und die Herren Reichspräsidenten des vertriebenen und wahlmündigen Munitionsarbeiterkreises von 1918 bezeichnet. Der Reichspräsident hat darauf gegen Urheber und Verbreiter des Artikels Strafantrag wegen verlesungsbetraglicher Beleidigung gestellt.

20 000 ausgewiesene Pfäker.

Speyer, 21. März. Die Zahl der ausgewiesenen Pfäker, die trotz der verprochenen „wohlwollenden“ Prüfung der Rückkehrgehrde bisher noch keine Genehmigung zur Heimkehr erhalten haben, beträgt etwa 20 000. Nur wenige

Kriegsschulddokumente des kommenden Krieges.

Das „Berliner Tageblatt“ hat den Vorlauf der geheimen Abmachungen veröffentlicht, die in Verbindung mit dem Anfang dieses Jahres abgeschlossenen französisch-schweizerischen Freundschaftsverträge zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei von Poincaré und Bensch festgelegt wurden. Der Abschluß des tschechisch-französischen Bündnisses erregte ferner in England und Italien erhebliches Aufsehen, schon damals wurde behauptet, daß mit diesem Bündnis ein weitgehendes Militärabkommen verbunden sei. Im Pariser Parlament wurde diese Frage von der deutschen Opposition des öfteren aufgerollt. Bensch leugnete und leugnet noch heute in Prag mit ebenso offener Stirn, wie Poincaré und die französische Presse in Paris. Doch blieb es in politisch orientierten Kreisen der europäischen Diplomatie ein öffentliches Geheimnis, daß dieses Militärabkommen bestünde und auch auf welche Punkte es sich erstreckte. Poincaré ist es nicht gelungen, Europa von der Harmlosigkeit seines Bündnisses mit der Tschechoslowakei zu überzeugen. Daß vor allem Italien genau orientiert war, beweist der plötzliche Abschluß des italienisch-jugoslawischen Abkommens, mit dem man Italien zur Ueberbrückung Europas gerade in demjenigen Augenblicke auf die englisch-italienische Seite zog, wo Bensch anläßlich der Belgrader Konferenz Jugoslawien zum Beitritt in die französisch-schweizerische Militärfreundschaft bewegen wollte.

Die Veröffentlichung der Geheimdokumente muß auf die öffentliche Meinung der europäischen Völker, die über die Vorgänge nicht so orientiert sind, wie ihre Diplomaten, geradezu als Bombe wirken. In der Tat zeigt das französisch-schweizerische Militärabkommen den schärfsten Imperialismus, mit dem Frankreich seinen neuen Krieg vorbereitet. Ist doch sogar als casus belli der Fall vorgesehen, daß Deutschland eine Veränderung seiner innerpolitischen Verhältnisse vornimmt. Hier ist seine Rede von einem militärischen Vertrag die ungenügende, wie ihn der Vertrag vor dem Krieg befestigte. Die Abmachungen zwischen Poincaré und Bensch bedeuten die glatte Vorbereitung zu einem französischen Angriffskrieg mit dem Ziel der Herrschaft über Europa. Das ist der Sinn des Pariser 10. Die Beziehungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft werden von beiden Vortagsreifen bekräftigt. Man begreift jetzt, warum Mussolini so plötzlich sein Abkommen mit Jugoslawien schloß. Eine besondere widerwärtige Bedeutung erhält dieses kriegsgerichtliche Abkommen noch dadurch, daß Herr Bensch es war, das Blut der tschechoslowakischen und polnischen Landestinder an den französischen Generalstab verkaufte. Dieser Herr Bensch ist einer der einflussreichsten Männer dem Völkerverbunde und die Hoffnung deutscher Basisten und Internationalisten vom Schicksal eines Professor Luidbe, der jetzt in München endlich verhaftet wurde. Auch der außersich England als Passivität und internationaler Sozialist hat gegen selbige englische Ministerpräsidenten teilweise überzogen. Die Veröffentlichung der Geheimdokumente stellt die Überzeugung fest, daß Frankreich in so schlagender Weise als den europäischen Kriegstreiber erwiesen. Diesen Frankreich zugleich militärische der Passivität Macdonald in das Weiterbestehen der Militärkontrolle in Deutschland ein, diesem Frankreich wollte er noch besondere militärische Sicherheiten geben. Welche er garantiert, daß Frankreich über die Militärkontrolle und Sicherheiten seine letzten Vorbereitungen gegen Deutschland und Europa sicherstellen wollte? Das Fortbestehen der militärischen und politischen Diktatur Deutschlands sollte gewährleistet sein bis zu dem politisch günstigen Augenblicke, an dem General Hoch loslagern konnte. Wollte der englische Arbeiterführer Macdonald praktischen Pazifismus treiben, so hätte er Deutschland militärische Sicherheiten geben müssen gegen das französische Raubtier vor seinen Grenzen. Denn nur ein Deutschland, dem man Waffen und Munition überreicht, vermag die Welle in Paris in Frankreich zu halten und Europa den Frieden zu wahren. Wird die deutsche Regierung endlich angefaßt der furchtbaren Bedrohung Deutschlands, die das französisch-französischen Militärabkommen enthält, diese selbstverständliche Forderung der Verteidigungsmöglichkeit stellen? Jetzt ist die Gelegenheit gegeben, das französische Spiel zu enttarnen, das mit der Militärkontrolle und der Frage der militärischen „Sicherheiten“ für Frankreich gerade jetzt von einer möglichen Lösung des Reparationsproblems getrieben wird. Liegt man denn im deutschen Volke gänzlich die entsetzliche Gefahr, daß aus ein Doss bereitet werden soll, viel schlimmer noch als es der Verfallter „Frieden“ vermochte: Die Verewigung der Frontherrschaft unter den französischen Vojanen, die Einstellung unserer Wirtschaft auf die Aufgabe, die französische Kriegerarmee zu finanzieren.

In Prag und in Paris bemerkt man, Dummdreiß und Struppelos, wie es nicht anders zu erwarten war. In Berlin gibt der sozialdemokratische „Vorwärts“ der Veröffentlichung des „Berliner Tageblatts“ vornehmlich das bezeichnende Fragezeichen. Der „Vorwärts“ macht sich die Erklärung seines sozialdemokratischen Parteigenossen, des Herrn tschechoslowakischen Gesandten Tufar zu eigen, der auch nur außerhalb Prags von seiner Eigenschaft als internationaler Sozialist und Passivität Gebrauch macht. Der Sozialdemokrat Tufar sagt, die Veröffentlichungen des „Berliner Tageblatts“ seien große und ungeschickte Fälschungen!

Nachruf!

Inmitten seiner Arbeit, an seinem Arbeitsplatze, an dem er gut ein halbes Jahrhundert gestanden hat, ist unser Dreher

Heinrich Töpfer

gestern vormittag kurz nach 8 Uhr einem Herzschlag erlegen.

Mit seinen 68 Jahren war er — wie in seinen jungen Jahren — immer einer der Pflichterfülltesten, der Freude an seiner Arbeit hatte und dem jedes Stück Arbeit, das er nach sorgsamster Prüfung aus der Hand gab, Freude machte.

Uns wird der ehrenhafte Mann und langjährige Mitarbeiter recht fehlen.

Merseburg, den 21. März 1924.

Blancke-Werke G. m. b. H.
Die Direktion.

Nachruf!

Gestern vormittag nach 8 Uhr wurde unser langjähriger Freund und Kollege,

der Dreher

Heinrich Töpfer

durch einen Herzschlag aus seinem arbeitsreichen Leben gerissen.

Als einer unserer Ältesten war er mit am längsten im Betriebe tätig, und in der langen Zeit, die wir mit ihm zusammen gearbeitet haben, ist er uns stets lieb und wert gewesen. Sein unermüdlicher Arbeitseifer war jedem von uns ein Ansporn.

Wir betrauern sein Scheiden aufrichtig.

Merseburg, den 21. März 1924.

**Die Arbeiter und Angestellten
der Blancke-Werke G. m. b. H.**

Fehl's
am Gelde?

Kauf bei
Klingler!

Wir verkaufen auf Kredit!

Herren-Anzüge, Sport-Anzüge, Herren-Hosen, Breches-Hosen, Herren-Mäntel, Cutaways, Gummi-Mäntel, gestrickte Sportwesten, Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider, Kostümröcke, Strickwesten, Windjacken, Strickjacken auch für Kinder. Die neuesten Frühjahrsmoden sind soeben eingetroffen.

Wir bitten um Bestühigung!

**Kleine Anzahlungen!
Kleine Abzahlungen!**
Wochenrate von 1 Mark an.

Karl Klingler, Halle (Saale),
Leipzigstrasse 11, 1.
Kein Laden! 1. Nr. I. Etage. Eingang nur Sandberg.
Fahrgehd. IV. Klasse hin und zurück wird beim Kauf vergütet!

Zur Einseugung und Prüfung

empfehle in großer Auswahl und preiswert:

Reformleibchen, Corsetten, Untertaillen
sämtl. Leibwäsche, Prinzess-Unterröcke
Haarbänder, Schürzen, Handschuhe
mod. D.-Kragen, Hosenträger, Strümpfe
Crawatten, Kragen, Chemisetten
Manschetten, Taschentücher usw.

A. Henckel, Oelgrube 29,
Woll- u. Weißwaren.

Kaufe laufend Hausgrundstücke

auf dem Lande mit groß. Obst- u. Gemüsegarten u. frei. Wohnung. Angeb. m. feil. Preisang. (Barauszahlung) u. mögl. Besichtig. u. R. N. 131 an Immobilienbank Leipzig.

Gute Pension
zu Ostern findet Schillerin vom Lande die hier die Schule besuchen will, in bestem Beamtenhaushalt. Zuzh. unt. 493/24 a. d. Expedition.

200—500 Mark
von Handwerker gegen Sicherheit gesucht. Angebote unter F. B. 434 an die Geschäftsstelle des Tageblattes erbeten.

Tivoli-Theater.

Sonntag, d. 23. März, abends 7,30 Uhr

Gaßspiel des Residenztheaters Weimar.

Direktion: Siegfried Deutsch.

Hoffnung auf Segen

(Op Hoop van Zegen)

Schauspiel in 4 Akten von D. Hegemanns.

Kolonie-Gasthaus Neu-Rössen

Auf vielseitigster Bühne Wiederholung des

Preis-Skatens

am Sonnabend, den 22. März, abends 8 Uhr, wozu freundlichst einladet.

F. Wajch.

Oberförsterei Halle a. S.

Holzverkauf

Försterei Burgliebenau

Donnerstag, den 27. März 1924, von 9 1/2 Uhr vorm., in Rahnitz, Wirtschaft Hamm, aus den Jagden 42, 46, 48, 50 und Sammeltrieb Brennholz 200 rm Scheit und Knüppel, 130 Kiefer I, 600 Kiefer III.

Rugholz loq. Stielmacherholz, durchweg IV. u. V. Klasse; 77 Eichen 42,46 im, 55 Eichen 19,32 im, 17 Nadeln 7,31 im, 31 Eichen 10,41 im, 7 Bappeln 2,35 im, 1 rm Eichen Rugholz.

Das Holz ist nur für den Lokalbedarf bestimmt. Händler sind ausgeschlossen. Bezahlung sofort im Termin. Die Lokalbeamten geben nähere Auskunft über das zum Angebot gelandene Rugholz.



Mey's Kragen
mit feinem Wäschstoff
die ideale Herrenwäsche
1 Dutzend in Schachtel
M 1.33—1.65 je nach Form

Hauptverkaufsstelle:
Paul Schultze & Sohn,
Gothardstr. 4.

Der geehrten Einwohnerschaft von Merseburg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, dass ich am

Freitag, den 21. d. M., Neumarkt 41

Kurz-, Weiss- und Wollwarengeschäft

eröffne.

Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft mit nur reellen Waren bei billigster Preisberechnung zu bedienen.

Georg Burda.

Berzirks-Vertretung

Für den Stadt- und Landbezirk Merseburg ist die
Infrage zu belegen Bewerber, welche über Sagen, Telefon usw. verfügen, bei der in Frage kommenden Kundschaft bekannt sind, wollen sich bitte wenden unter Angabe von Referenzen an die Fabrik-Niederlage der Margarinwerke „Verolina“, G. m. b. H., Generalvertreter Wllo Jippich, Halle (Saale) I, Schiffsch 2.

Das neue

Wand-Telefon-Verzeichnis

für Merseburg (in Plakatform)

mit allen neuen Anschlüssen ist im Verlage des Merseburger Tageblatt erschienen und zum Preise von 25 Pfg. in unseren beiden Geschäftsstellen:
Halterstrasse 4 u. Gothardstrasse 35 (Halber Mond) zu haben.

Lebensmittel - Spezialgeschäft

Burgstrasse 22 An der Geisel 1

- Frische Eckardsberger Molkereibutter Stck. 1,20
 - „ „ Backsteinkäse p. Pfd. 0,70
 - Geräuch. Thüring. Landwurst p. Pfd. 0,80
 - Hochfeine Thüringer Schüssel-Sülze p. Pfd. 0,70
 - Prima Schweizer Käse p. 1/4 Pfd. 0,50
 - Pa. Voll-Fett-Büchlinge p. Pfd. 0,25
 - Pa. Kleine Schweden-Büchlinge p. Pfd. 0,35
- Ganze Kiste Mk. 1,10
Ganze Kiste Mk. 1,40

Burgstr. 22. An der Geisel 1

Gesellschafts-Eröffnung

Einer geehrten Nachbarschaft sowie der verehrten Einwohnerschaft von Merseburg hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage ein

Preisler-Gesellschaft

im Grundstück Weiskensler Str. 10 eröffne. Ich werde stets bemüht sein, alle mich Beehrenden schnellstens und gewissenhaft zu bedienen.

Mit der Bitte, mein Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen, zeichne mit Hochachtung

Gustav Schübe, Preisler
Weiskensler Straße 10.

Feine Herren-, Damen- und Familien-Wäsche

erhalten Sie zu billigen Preisen gemaschen, geplättet und schonend getrocknet von der

Wasch- und Plättanstalt M. Rettinger,
Johannisstraße 15. — Bitte Hausnummer beachten

20.
Bildungsabend.
Sonntag, 2. März abends 8 Uhr im Schlossgarl-Salon
Es liest
Karl Keller
aus eig. Verfen.
Kart. zu 2. (num.)
1.-.50 (Schüler)
i. Stollbergs Buchh.

Der Plan über die Herstellung einer unterirdischen Telegraphen-anlage in Schiffschiff liegt von heute ab 4 Wochen bei dem Bauamt in Schiffschiff aus.
Halle (Saale) 13. 3. 1924.
Telegraphen-Bauamt.

5-6000 Goldmark

als Hypothek eintr. Betriebskap. geo. entpr. Sicherheit bei guter Verzins. sof. z. leihen gesucht. Angeb. u. M. S. 213 a. d. Exped. d. Ztg.

Homöopathie Biochemie Willy Fuchs Heilmagnetiseur

Sprechstunden v. 9-11 nachmittags v. 3-5. Reineckstr. 19. Tel. 242 — Tel. 243

Seifen- u. Schuhcrem-Fabrikation im Hause

richten wir ein. Dauernde und sichere Erfindung, besondere Räume nicht nötig. Ausk. kostenl. Rück. erw. Chemische Fabrik Heinrich & Wühner, Zelt-Weißdorf.

Berzirks-Vertretung

Ein bei Kolonialwaren- u. Spoholadengeschäften in hiesigen Kreise gut eingeführt

Berzirks-Vertretung

gegen hohe Provision von sehr leistungsfähiger Zigaretten- u. Zigarettenfabrik bald gef. Gefl. Off. unter No. 408/24 an den Verlag d. Ztg.

Franz Wirth

Seifenfabrik Hofmarkt 1 empfiehlt

Kernseifen
mit hohem Fettgehalt,
Schmierseifen u. Feinseifen
in großer Auswahl.

Die An-
befonders
auf den
figt. find.
einer Ein-
und wenn
berufen,
von den
den, und
schmittsbl
und Schä
nommen
io find.
Nenderun
verwaltet
mit dem
Baffen an
den eigen
Brudteil
Reich un
gemeinen
unteru
schädigten
fürtfolge
Kreuzfahr
welche der
Reichs-
werden, r
neuer, u
hiesigen
Freiweism
meinden
10% der
zweit u
Betrag, i
überlegt,
der zu
140 000
reichen a
dem Geb
vom 1. 9
den am
hiesigen
allerhöch
nierte als
angemess
wentlich
gegenüber
fordern
geführt i
Im üb
angeführt
der ober
rages be
auf nicht
Schdovier
nicht geg
Aufwend
auf der
über Ste
liehend a
vorgesch
Säbent
Eine
den gefe
Es kann
genutzt
gefallen
wird der
verfamit
Sitzung
Der V
vor sich
und Vö
Der S
2 064 00

Der Haushaltsplan der Stadtverwaltung.

Die Aufstellung des Haushaltsplanes für 1924 ist deshalb besonders schwierig, weil die Verhältnisse, insbesondere auch auf den steuerlichen Gebieten, noch gänzlich unübersichtlich sind. Man ist bezüglich der Ertragskräfte der Steuern in erster Linie in der Hauptsache auf Schätzung angewiesen, und wenn die gemachten Annahmen auch auf Berechnungen beruhen, die auf das sorgfältigste durchgeführt sind und von den verständlichsten Sachverständigen ausgearbeitet wurden, und aus denen man sich dann ein ungefähres Durchschnittsbild gemacht hat, so sind es eben nur Annahmen und Schätzungen, und kann kein Gewähr dafür übernommen werden, dass dann die Ertragskräfte auch wirklich so sind. Insbesondere gibt dem Haushaltsplan die völlige Abänderung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Fürsorgeverwaltung etwas besonderes ungewisses. Bekanntlich gehen mit dem 1. April die bisher Reich und Staat obliegenden Aufgaben auf dem Gebiete des Fürsorgewesens, abgesehen von den eigentlichen, aber infolge ihrer Wichtigkeit nur einem Bruchteil der zu zahlenden Bezüge bildenden Reuten von Reich und Staat auf die Gemeindeverwaltung, im allgemeinen auf die Kreise, im vorliegenden Fall also auf unsere Stadtkreise über. Es betrifft dies die Kriegsbeschädigten- und Kriegserwerbslosenwesen, die Erwerbslosenfürsorge, die Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge und die Kriegsvorfürsorge der erwerbsfähigen Mehrzahl, welche den Kreisen durch die Überwälzung von bisherigen Reichs- und Staatslasten auf sie erwachsen, soll gefunden werden, nach Abzug von Reich und Staat, in der Mietsteuer, welche nach der ursprünglichen Absicht des preussischen Wohlfahrtsministeriums in Höhe von 25% der Kreisrenten erhoben werden sollte, wovon 10% den Gemeinden überlassen werden sollten. Von diesem Anteil von 10% der Gemeinde sollten weitere 10% des Ertrages abgezweigt werden für die besondere Wohnungsfürsorge. Ein Betrag, mit dem absolut nichts anzufangen ist, wenn man überlegt, daß diese 10% Mietzinseinnahmen unter Abrechnung der zu erwartenden Ausfälle für die Stadt Merseburg 140 000 M. betragen hätte. Diese 140 000 M. Goldmark reichen aber bei weitem nicht aus, um die Mehrkosten auf dem Gebiete der Fürsorge auszugleichen, welche die Stadt vom 1. April an übernehmen muß. Dazu kommt, daß nach dem am 18. März eingegangenen Mitteilungen des Preussischen Stadtrates und des Reichsfinanzministeriums man im allerhöchsten Maße für die Stadt mit 8% der Kreisrenten als Mietzinssteuer rechnen könne. Auch hierbei ist angenommen, daß der Regierungsentwurf, welcher eine wesentlich ungünstigere Behandlung der kleineren Städte gegenüber den größeren Städten vorseht, nicht Gesetz wird, sondern eine gleichmäßige Beteiligung der Kreise durchgeführt wird.

In übrigen kann vorweg zu dem Steuerhaushaltsplan angeführt werden, daß seine Entwürfe sich fast durchweg auf der oberen Grenze des als möglich zu erwartenden Ertrages bewegen und daß daher insoweit der Haushaltsplan auf nicht übermäßig hohen Reizen steht. Trotzdem hat die Sachverständigenkommission, die den Haushaltsplan im Hinblick auf die im gewöhnlichen Verlaufe des Jahres zu erwartenden Aufwendungen aus Steuernmitteln machen zu können, wenn auf der anderen Seite auch, soweit bis jetzt Nachrichten über Steuerfestsetzungen in Städten vorliegen, als feststehend angesehen werden muß, daß Merseburg mit den vorgeschriebenen Steuerhöhen den Zuschüssen der in den Städten erhobenen Steuern wohl nicht erreicht hat. Eine Beschlußfassung über die Gemeinderenten ist nach den gesetzlichen Vorschriften vor dem 1. April 1924 nötig. Es kann den städtischen Körperschaften aber wohl nicht zugemutet werden, über Steuern zu beschließen, ohne auch den gesamten Haushaltsplan gleichzeitig festzulegen. Deshalb wird der Haushaltsplan mit der Bitte der Stadtvorordnetenversammlung vorgelegt, ihm im ganzen in der Sitzung vom 4. April zustimmen zu wollen. Der Aufbau des Haushaltsplanes ist in folgender Weise vor sich gegangen, daß als Grundlage für Reich, Gehälter und Löhne der 1. Februar 1924 angenommen ist. Der Haupthaushaltsplan ist zum Ausgleich gebracht mit 2 064 000 M. in Einnahme und Ausgabe.

Zu der einzelnen Sonderhaushaltspläne sei folgendes bemerkt:

1. Allgemeine Verwaltung.

Einnahme 28 300 M., Ausgabe 216 200 M., Zuschuß 188 000 M.

Der Hauptplan der Ausgabe sind die Gehälter mit 98 000 M. für Beamte und Büroangestellte und mit 25 000 M. für Hilfsarbeiter. Hierzu sei bemerkt, daß, wie angeführt, dies die Sätze vom 1. Februar 1924 sind. Für die Erhöhung der Gehälter ist lediglich in der Vorberordentlichen Rechnung ein Anlag von 95 000 M. vorgesehen, der ausreichen würde, die Gehälter auf 75% der Friedensgehälter gegenüber den jetzt bestehenden 50% des Friedensgehältes zu bringen, weil besonders auch mit Rücksicht auf die Gehälter der Privatbildner und die Entlohnung der Arbeiter, welche entweder schon wieder auf Friedenshöhe gelangt sind oder zum mindesten ihr bedeutend näher gerückt sind als vor Kriegsende, damit sie nicht auf volle Friedenshöhe, so doch wenigstens auf 75% des Friedensbetrages gebracht werden. Bezüglich der Zahl der Beamten und Angestellten ist auf die heute gleichfalls der Stadtvorordnetenversammlung zur Kenntnis vorliegende Aufstellung über die Durchführung des Personalabbaues hingewiesen. Wie dort angeführt, hat die Verwaltung der Stadt schon viel früher, bei Reich und Staat zu entsprechenden Maßnahmen aufgerufen, durch strenge Durchführung der vollen 45stündigen Arbeitswoche bei getrennter Arbeitszeit nicht nur erreicht, daß schon im Jahre 1922 abgesehen von einer einzigen Tarifangelegenheit für die Brotmüllenaussgabe, die gesamten Angestellten der Kriegsgehilfezeit reiflich abgebaut waren, sondern daß auch nach und nach im Laufe des Jahres 1923 die auf die durch Gemeindefürsorge vom 2.6. November 1922 - 1.2466/22 - festgesetzten planmäßigen Stellen für Beamte und Dauerangestellte nicht mehr alle besetzt zu werden brauchen, sondern nach und nach durch anderweitige Entlassungen der sonstigen organisierten Einrichtungen verringert werden konnten. Demzufolge ist das Ergebnis, daß die Stadt Merseburg mit dem 30. April mit dem vorgeführten Personalabbaue von 25% der Dauerstellen vollkommener ist, wenn auch die schon vor dem 1. Oktober 1923 abgebauten Stellen mitgerechnet werden, was nach der Personalabbaueordnung an sich möglich ist und billiger Weise einer Stadt gegenüber, die den Abbau von sich aus schon früher begonnen hat, auch anerkannt werden muß. Im übrigen ist der Haushaltsplan, was auch für alle anderen Sonderhaushaltspläne in gleicher Weise gilt, mit der äußersten Sparfamkeit angelegt und alles fortgelassen, was nicht in diesem Jahr unbedingt notwendig ist. Die Sonderhaushaltspläne enthalten, also in sich keine titellose Referenzen mehr. Sowohl für besondere Bewilligung von Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung, als auch für den Magistrat allein sind je 10 000 M. vorgesehen, was gegenüber den Gesamtsätzen des Sonderhaushaltsplanes als wenig anzusprechen ist. Die Summe für den Magistrat ist bestimmt, um entsprechend der bisherigen Zielvorgabe der Stadtvorordnetenversammlung, kleinere Bewilligungen daraus auszusprechen zu können, ohne daß mit solchen Kleinigkeiten die Stadtvorordnetenversammlung beauftragt werden müßte.

2. Vermögens- und Schuldverwaltung.

Einnahme 145 400 M., Ausgabe 249 400 M., Zuschuß 104 000 M.

Auf Vorschlag der Vermögensverwaltung ist, soweit nicht die städtischen Schulden durch die Zinssinsen überhaupt vermindert sind, weil die dritte Steuernordnung ebenfalls noch durch den Höchsttag abgeändert werden kann, in Einnahme und Ausgabe mit einer Aufwertung von 25% gerechnet. Die Hauptausgabe ist hier die Summe von 145 000 M. an die Außerordentliche Rechnung zur Deckung der oben erwähnten Ausgabe für Vermögenserhöhung von 95 000 M. und zur Bereitstellung von

50 000 M. für besondere Bewilligungen von Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung, gegebenenfalls auch Sonderhaushaltsplan-Veränderungen, eine Summe, die bei einem Gesamtausgabe von 2 064 000 M. sehr gering ist. Im übrigen ist dieser Haushaltsplan Berechnungs-Haushaltsplan.

3. Wohlfahrtsamt.

Einnahme 426 000 M., Ausgabe 604 000 M., Zuschuß 178 000 M.

In diesem Haushaltsplan liegt in Einnahme und Ausgabe das Krankenamt mit je 116 000 M. und die durch neue gesetzliche Bestimmungen aus anstehende Veranlagung des Arbeitsnachweises für Stadt- und Landkreis mit 35 000 M. in Einnahme und Ausgabe. Im einzelnen sollen Aufschüsse in runden Zahlen die Armenfürsorge 16 500, die Heime 15 000, die Kriegsbeschädigtenfürsorge 27 000, die Kleinrentnerfürsorge 50 000, Sozialrentnerfürsorge 33 000, das Jugendamt 5000, das Arbeitsamt (Erwerbslosenfürsorge) 26 000 M.

4. Schulverwaltung.

Einnahme 197 600 M., Ausgabe 397 100 M., Zuschuß 199 500 M.

Im einzelnen sollen Zuschüsse das Gymnasium 17 000, die Mittelschule 40 000, die Volksschulen 141 000, wobei zu bemerken ist, daß bei dem Haushaltsplan das Gymnasium mit denjenigen Schulgebühren gerechnet ist, die voraussichtlich ab 1. April vom Staate festgesetzt werden. Allerdings ist eine Erhöhung der Lehrgeldbeiträge in der Ausgabe nicht mit vorgesehen, sondern müßte gegebenenfalls, soweit die Stadt in Frage kommt, also beim Gymnasium, aus dem Etat der Außerordentlichen Rechnung gedeckt werden. Bei den Schulen ist, soweit Veris- und Lehrmittel in Frage kommen, bei aller Sparfamkeit doch im allgemeinen den Wünschen der einzelnen Schulleiter und dementsprechend der Schulverwaltung und Schulaufsicht voll nachzugehen. Die Berufsschulen tragen sich. Die Vordrucktische Winterhilfe folgt nur die Miete.

5. Bauverwaltung.

Einnahme 142 000 M., Ausgabe 204 000 M., Zuschuß 62 000 M.

Hierin liegt auch die Sanierungsverwaltung, welche sich mit 52 000 M. in Einnahme und Ausgabe selbst erhalten muß, ebenso wie die Pferdehaltung mit 61 000 M. in Einnahme und Ausgabe. Bei der Bauverwaltung ist ebenfalls größte Sparfamkeit durchgeführt und alles das weggelassen, was nicht in diesem Jahre unbedingt gemacht werden muß. Die Einnahmen in der Bauverwaltung sind erfahren sich dadurch, daß die einzelnen Verwaltungen die für sie aufgewendeten Kosten erstatten müssen.

6. Polizeiverwaltung.

Einnahme 14 900 M., Ausgabe 41 900 M., Zuschuß 27 000 M.

Die Ausgabe sind hier in der Hauptsache die Gehälter, ebenfalls aufgebracht auf dem 1. Februar 1924. Zum ersten Mal erscheint der bisher in der Bauverwaltung untergeordnete Bau-Polizei-Haushaltsplan in der besonderen Abt. B.

7. Grundrentenverwaltung.

Einnahme 87 000 M., Ausgabe 56 000 M., Überschuß 31 000 M.

In den Einnahmen ist mit den Sätzen, wie sie am 1. Februar 1923 nach der Mietzinssteuergesetzgebung zu erheben waren, gerechnet. Es sind auch entsprechende Sätze für die Schulgebühren einbezogen, mit Rücksicht darauf, daß das Privatinsolvenz-Kollektum bei dem Gymnasium ausfallender Wert darauf legt, daß für diese Schule ein aus dem übrigen Haushaltsplan herauszuführender Plan vorgelegt wird, und es außerdem falsch wäre, s. B. eine Schule mit den Bestreitungen und Tilgungsausgaben für einen Schulbaueinsatz zu beladen, andere Schulen dagegen vollkommen frei zu lassen. Es ist daher Finanztechnisch viel richtiger, den gesamten Schuldendienst beim Haushaltsplan der Vermögens-

Der Millionengarten

Roman von Heinrich Ermann.

(Nachdruck verboten.)

"Mit mir? Ich habe dir doch schon gesagt, daß ich nicht in dein Tun und lassen nicht einzufließen möchte. Du bist alt genug, um selbst die Verantwortung zu übernehmen für das was du unternimmst."

"Das will ich ja auch. Aber mit deiner Beihilfe will ich alles. Ich es nicht getan. Ich habe Glück gehabt, Tante! Eben jetzt bietet sich mir die Aussicht auf eine glänzende Karriere, und auf mehr als das: auf ein köstliches Glück. Du bist die erste der ich mich anvertraue. Das mütterliche Interesse, daß du mir früher bewiesen hast, läßt mich auch jetzt auf deine Anteilnahme hoffen."

"Schön geredet. Hoffentlich ist das, was hinterher kommt, ebenso heilsam. Und hoffentlich brauchst du dazu etwas weniger Worte. Eine glänzende Karriere, magst du. Wie soll sie denn aussehen?"

"Einer unserer geachteten und berühmtesten Rechtsanwälte will mich in seine Kanzlei aufnehmen. Zunächst als seinen Vertreter, mit der Anwartschaft, später der Teilhaber einer höchst einträglichen Praxis zu werden."

"Ich gratuliere. Mehr als das kann ich wohl nicht dabei tun."

"Stelle dich doch, liebe Tante! Ich sagte dir doch nicht alles. Der Anwalt ist ohne Zweifel ein sehr reicher Mann. Und er hat eine entzückende Tochter. Du lägst an, zu verheiraten, nicht wahr?"

"Es gehört nicht viel dazu," sagte sie, und es war mehr Freundschaft als bisher in ihrer Stimme. "Wenn es sich um eine anständige Familie handelt, ist kaum etwas dagegen zu sagen."

"D. eine Familie erster Klasse. Das Mädchen ist trotz seiner Jugend unermessen wie eine Prinzessin."

"Und ihr habt euch lieb?"

"Sie gefällt mir ausgesprochen. Und ich bin überzeugt, daß du ganz vernarrt in sie sein wirst, wenn es erst einmal so weit ist, daß sie dir zurufen kann."

"Die weisse Kreieband machte eine abwendende Geste. "Ich bin nicht sehr darauf erpicht, neue Bekanntschaften zu machen. Du brauchst dich mit der Vortreibung also nicht

zu überlegen. Hast du sie den überhaupt schon gefragt, ob sie dich mag?"

"Ich bin mir Trostau lächelnd beinahe mittelbig. "Sehe ich aus, Fäulchen, wie einer, den man mit Körbchen abholen? Der Kleinen bin ich ganz sicher. Die einzige Schwierigkeit ist vorläufig noch der Herr Papa."

"Aber, wenn er dich doch zu seinem Teilhaber machen will? Er täte es wohl kaum, wenn er nicht Gefallen an dir gefunden hätte."

"Er hat sogar eine sehr hohe Meinung von meinen Fähigkeiten. Von einem Schwiegersohn aber wird er natürlich etwas mehr verlangen als juristische Talente."

"Einen festen und soliden Charakter, meinst du?"

"Darüber, denke ich, ist er ebenfalls bereits beruhigt. Aber er selbst nimmt eine so hervorragende gesellschaftliche Stellung ein, er hätte die Wahl unter so vielen Bewerbern, daß für ihn schließlich auch die Vermögensfrage nicht ganz außer Betracht bleiben kann."

"Das heißt, du wirst ihm also sagen müssen, daß du keine hast?"

"Der Affektur lächelte verlegen. "Für einen reichen Mann kann ich mich freilich nicht ausgeben. Aber es ihm nicht mehr unbekannt, daß ich das Glück habe, die allerbester Frau von Kippler meine Tante zu nennen."

"Ohne daß sie es wirklich ist. Denn ich muß jedesmal nachdenken, um festzustellen, in welchem Grade wir eigentlich miteinander verwandt sind. Mein seliger Mann wollte überhaupt nicht viel von dieser Verwandtschaft wissen."

"Aber, da muß ich doch bitten. Mein alter Herr war kein richtiger Better."

"So? - Na, bis zur Erbvererbung reicht es jedenfalls nicht zu. Um so weniger, als ich mit Kippler niemals in Gütergemeinschaft lebte. Er besaß bei unserer Verheiratung nichts als ein völlig überschuldetes Gut. Alles gehört mir, und meine Verwandtschaft hat nach meinem Tode nicht einen Pfennig zu beanspruchen. Ich habe mich darüber bei einem Rechtsanwalt befragt."

"Ich habe auch noch nie mit dieser Erbschaft gerechnet. Was außerdem bei deiner beneidenswerten Frische und Klugheit ebenso töricht wie lieblos gewesen wäre."

"Aber also! Was hat unsere sogenannte Verwandtschaft dann noch mit deiner Heirat zu schaffen?"

"Sie hat mir lediglich Mut gemacht, auf deine hochherzige Hilfe zu hoffen. Wenn Helotte'sche Mabelung erst einmal meine Frau ist, werde ich eines eigenen Vermögens ja kaum noch bedürfen. Ich -"

"Die alte Frau hatte hoch aufgeschreckt. Kersengerade sah ihre kleine Gestalt in dem steifen, dunklen Sessel.

"Wer, sagst du? Wie heißt deine Auserwählte? Mabelung? Die Tochter des Rechtsanwaltes Arno Mabelung?"

"Zawohl - seine jüngere Tochter. Findst du darin etwas Befremdliches, liebe Tante?"

"Aber, ganz und gar nicht. Ich möchte nur wissen, seit wann du mit dem Herrn Rechtsanwalt befreundet bist?"

"Eigentlich erst seit einigen Wochen. Seine Tochter lernte ich schon etwas früher kennen. Und sie sagte mir ihr Vater würde es nicht ungern sehen, wenn ich in seinem Hause Besuch machte."

"Er würde es nicht ungern sehen - so? Und dann doch er dir ohne weiteres an, sein Teilhaber zu werden?"

"Nicht ohne weiteres natürlich. Aber er kann mir von vornherein sehr liebenswürdig entgegen. Und ich glaube allerdings, daß er sich gleich mit beratigen Vorschlägen trug."

Frau von Kippler nickte.

"Das scheint mir sehr begründlich. Und die hochherzige Hilfe, die du von mir erwartest, worin sollte sie bestehen?"

"Ich glaube, daß es mir bei dem Reichum ein höchstes Ziel würde, mich ein kleines Kapital zur Verfügung zu stellen. Wäre es auch nur damit ich nicht mit ganz leeren Händen vor meinen künftigen Schwiegerbater hinstreiten brauchte."

"Ein kleines Kapital - was verstehst du darunter?"

"Seine Bemessung bleibt natürlich ganz deiner Großmut überlassen - es wäre denn, daß du mich ausdrücklich aufforderst, einen Vorschlag zu machen."

"Ich höre!"

"Ich dachte an eine Summe von - von vielleicht sechsigtausend Mark."

Die faltigen Wangen der Frau von Kippler zitterten ein wenig; in Sättung und Rede aber blieb sie ganz ruhig. "Wenn ich dich richtig verstanden, wollest du dich nur auf den Betrag dieser sechsigtausend Mark berufen können. Es würde also genügen, wenn sie irgendwo für dich hinterlegt werden. Berausgaben willst du sie nicht?"

(Fortsetzung folgt)

und Schuldenverwaltung zusammenzuführen und andere Bewältigungen siehe S. 24, die natürlich nicht an die Sätze der Verstaatlichung heranreichen dürfen, in Anrechnung zu bringen.

8. Gemeindefinanz- und Abgaben.

Einnahme 775 240 Mark, Ausgabe 44 840 Mark, Ueberschuß 730 400 Mark.

Dies wird auf die besondere Vorlage vom 18. März 1924 - V. 7104/23 - verwiesen. Im übrigen sind die kleinen Steuern nach den Erträgen der letzten Monate geschätzt. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Schätzungen sich an der oberen Grenze des vorausgesetzten Ertrages halten und dementsprechend ohne Befürchtung des gesamten Haushaltsplanes nicht höher gesetzt werden konnten.

9. Feuerweh.

Einnahme 60 Mark, Ausgabe 2960 Mark, Zuschuß 2900 Mark.

10. Ungeordnete Rechnung.

Einnahme und Ausgabe 145 000 Mark.

Es sind dies der oben erwähnte Sicherheitsposten von 95 000 Mark für Erhöhung der gesamten Gebäude, welche die Stadt jetzt und als nicht nur die der Allgemeinen Verwaltung, sondern auch diejenigen, welche in anderen Verwaltungen erfordern, und der Ausfuß von 50 000 Mark für besondere Bewilligungen von Magistrat und Stadtvorstanderverammlung, gegebenenfalls auch Haushaltsplan-Überreicherungen.

Es ergibt sich demnach der Gesamtüberschuß mit 2 064 000 Mark in Einnahme und Ausgabe.

Sparen oder kaufen?

Ueber der Jagd nach den Krediten, die in fast allen deutschen Wirtschaftszweigen nachdrücklich betrieben wird, darf man nicht vergessen, daß eine weitgehende Wirtschaftspolitik sich nicht in der Verteilung vorhandener Kreditkredite erschöpfen darf, sondern in der Ersaffung neuer Kredit- und Kapitalquellen. Die Frage der Aufmerkbarkeit widmen muß. Die Frage auswärtiger Kreditaufnahme kann nur in geringem Grade unter Wert sein. Nehmen es unsere Reparationsgläubiger ab, internationalen Geldgebern unmittelbare erfüllbare Ansprüche auf deutsche Einkünfte einzuräumen, so wird es nicht gelingen einen großen Strom ausländischen Kapitals in unser Land zu lenken. Die Bildung neuen inländischen Kapitals dagegen wird in erster Linie unter eigenes Wert sein. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm hat am 15. Februar vor dem volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates die Bedeutung der Sparsamkeit im deutschen Volk mit Recht für ein dringendes Problem erklärt. Nun ist es eine alte Erfahrung, daß nicht nur, - ja nicht einmal in erster Linie, - die Verbraucher, großer Einkommen für die Kapitalbildung in Betracht kommen. Nur wenn sich der kleine Mann wieder lauter Beschränkungen im Verbrauch auferlegt und in kleinem Maße Sparsamkeit an den Tag legt, entsteht der behobende Strom neuen Kapitals, welcher die Produktion auf der erreichten Höhe zu halten und darüber hinaus zu heben vermag. Die Sparsamkeit stellt sich also in erheblichem Umfang als Verzicht auf "Gehalt", d. h. auf Einschränkung der Käufe, dar. Wollte man nun daraus die Förderung ableiten, die Kaufkraft möglichst einzufrieren und möglichst viele Beträge zurückzulegen, so würde das für den Bestand unserer Wirtschaft in gleicher Weise verhängnisvoll werden. Es wird nämlich neben der Festlegung des Geldwertes mit Recht als ein günstiges Symptom angesehen, daß die Kaufkraft im Inland während der letzten Wochen eine Belebung erfahren hat. Die letzte Preisprüfungsreise, die vom 2. bis 8. März gebauert hat, wies ein befriedigendes Inlandsgehalt auf. Wenn es gelänge, die Massen unseres Volkes zu einer weiteren Einschränkung der Käufe zugunsten einer lebhafteren Sparfähigkeit zu veranlassen, so würde dieser behobende Fortschritt wieder zunichte gemacht. Damit entsteht für den Wirtschaftswissenschaftler die Frage, ob er mehr zum Kaufen oder zum Sparen mahnen soll.

Die gegenwärtige Belebung des Inlandsmarktes hat zwei Hauptgründe: Jahrgang ist die Versorgung selbst mit notwendigen Gebrauchsgüter (besonders Kleidung) fast ganz unterbrochen. Sobald sich also die äußeren Bedingungen für die Defizit des so lange zurückgehaltenen Bedarfs ergaben, mußte die Kaufkraft auflieben. Der zweite Faktor war die Festlegung des Geldwertes, welche dem Haushaltsführer die Einstellung des Einkommens auf die verschiedenen Gruppen von Bedürfnissen ermöglichte. Zweifellos hat auch die Minderzucht zu den niedrigen Kennziffern der Vorkriegszeit (die Ausschneidung der Waren in Mark und nicht mehr in Millionen oder Milliarden von Mark) einen psychologischen Anreiz zum Kaufen geschaffen. Die gegenwärtige Belebung des Inlandsgehaltes ist also zum unnormalen, - d. h. auf außergewöhnliche Gründe zurückzuführen, - jedoch in seiner Weise ungesund. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes in dem Grade der letzten Wochen andauern wird und andauern darf. Ein Volk mit hart herabgedrücktem Einkommen muß weniger verzehren, als in früheren besseren Zeiten. Sobald einmal der Höhepunkt nach gewissen Produkten gefüllt ist, wird sich das Volk, sofern nur irgend Bedingungen dafür gegeben sind, wieder der Sicherheit der Zukunft, d. h. dem Sparen, zuwenden. Die lebte Kaufkraft von heute wird also bei günstigem Verlauf der Entwicklung in ein verdrängtes Sparen übergehen. Für diesen Zeitpunkt muß jedoch Vorbehalte getroffen sein, daß die deutsche Produktion in anderen Ländern Ersatz für das ablaufende Inlandsgehalt findet. Erhebliches Sparen ohne gleichzeitig ungesunde Dröselung der Kaufkraft ist auf die Dauer nur möglich, wenn wir die Produktivität unserer Wirtschaft mit allen geeigneten Mitteln heben.

Oesterreichs Parteiherr.

In Oesterreich hat die sozialdemokratische Partei die Erhöhung der Mittel für den Haushalt des Bundesheeres beantragt, woraus folgt, daß die Sozialdemokratie recht wandelbar in ihren Anschauungen ist. Während sie in Deutschland die Ausgaben für die Wehrmacht mit allen Mitteln herabzusetzen befreit ist - man denke an die Rede Scheidemanns, wo er zur Freude aller Feinde Deutschlands ausrief, man könne die Reichswehr vor Generalen und Pferden nicht sehen - magt sie in Oesterreich entgegengelegte Politik. In Oesterreich liegt aber die Sache anders. Dort ist der bisherige Heeresinspektor Körner, der jetzt dem

Dienstaltersgesetz zum Opfer fiel, Sozialdemokrat geworden. Seiner Ausweisung hat er eine Denkschrift veröffentlicht, aus der wir folgende Sätze zitieren: „Je kleiner der Staat ist, je mächtiger seine Nachbarn, um so mehr müssen seine Bürger dem festen Willen erfüllt sein, mit allen Mitteln ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. In der Behauptung der Freiheit geht es nicht um die Volksgemeinschaft im Kampf um die Freiheit aus bis zum letzten Ende zu gehen gewillt ist und auch das Leben ihrer Mitbürger einengen will. Die fürstbare Verantwortung des Heeresreformers gegenüber dem Volke tritt nicht in Erscheinung, weil im Augenblick keine ernste Beanpruchung des Bundesheeres befürchtet wird. Erfolglosigkeit in militärischen Dingen kann aber ein Verbrechen am Staate werden. Wie aber Nachsicht das Unheil über ein Volk kommen kann, das seine Gefühle nicht selbst führt, könnte der Weltkrieg gezeigt haben.“ Solche Worte aus dem Munde eines Mitgliedes der Sozialdemokratie zu hören ist man nicht gewöhnt. Diese Sätze, die zur bewaffneten Verteidigung des Vaterlandes aufrufen werden in Deutschland nicht laut; bei uns darf Herr Krispien, ein einflussreiches Mitglied der sozialdemokratischen Partei verkünden, er kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt, und Herr Dr. Ostf. Cohn kann, ohne von seinen Partei getrennt zu werden, ausprechen, daß ihm die Erhaltung des deutschen Volkes einen Krieg nicht wert erscheine. Der deutsche Sozialdemokrat hat hierdurch seinen politischen Willen geltend gemacht, indem er sich General Krieger auf den Schick haben und seine Pflicht zum Gegenstand eines großen politischen Angriffs gegen die österreichische Regierung und den Heeresminister machen. Die österreichische Regierung befindet sich dabei in einer ählichen Zwangslage, da sie ja nicht Herr im eigenen Hause ist und der Kommissar des Völkerbundes den Haushalt ihres Staates festsetzt. Wir wollen abwarten, ob die Sozialde-

monie in Deutschland ebenso tapfer sich gegen eine Einschränkung der Heeresausgaben wehrt. Zunächst hat sie schon bei der Erledigung der neuesten Rote der Reichsversammlung über die Militärkontrollen Gelegenheit zu zeigen, ob sie sich zu den Grundbissen der österreichischen Schmelzer bereit bekennt.

Ein französischer Spion vor dem Reichsgericht.

Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts fand unter Vorsitz des Senatspräsidenten Richter gegen den französischen Hauptmann **Benedictus d'Armont**, Leiter der französischen Spionagenzentrale in Basel, ein Prozeß wegen Spionage statt. Die Anklage betrifft Österreichsamt Dr. G. E. B. m. y. Der Angeklagte ist beschuldigt, die im Jahre 1922 und 1923 vorläufig Schriftstücke und Nachrichten, die die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährden, an sich gebracht zu haben, außerdem soll er in der Zeit vom 5. März bis 5. September 1922 einer fremden Macht als Spion gedient haben. Am 10. November 1923 ist d'Armont verhaftet worden, als er versuchte, mit einem seiner Agenten in Deutschland in Verbindung zu treten.

d'Armont ist am 20. Oktober 1892 in Paris geboren und war im Generalstab in Paris.

Er verweigert, auf seiner Verhörung vorzunehmen, jede Auskunft, und erklärt auch zur Sache ohne Genehmigung seiner Regierung keine Angaben machen zu können.

Weiter protokolliert er gegen seine Verhaftung auf angeblich schweizerischem Boden, die durch verbotene Post- und Briefkasten erfolgte, nicht soll, und gegen die geheime Haft in Stuttgart; dies hätte keine Regierung veranlaßt, verschiedene Geiseln festzunehmen.

Senatspräsident Richter weist die Klagen zurück und betont, daß dies nicht zur Sache gehöre, da man hier nicht die Interessen der französischen Regierung zu vertreten habe.

Hauptmann d'Armont hat in seinem Gutachten an, daß das Reichswirtschaftsministerium die erste Nachricht von dem Vorhaben eines Spionagenbureaus in Basel im Mai 1921 durch einen Prozeß vor dem Reichsgericht erhalten habe. Damals habe ein gewisser Walther angegeben, daß er bereits im Jahre 1920 mit d'Armont in Basel verhandelt habe. Es sei dann festgestellt worden, daß d'Armont die deutsche Botschaft in Bern und Briefkasten nach Deutschland geschickt wurden. d'Armont ordnete dann an, da viele von diesen Leuten nicht an ihr Ziel gelangten, daß die Nachrichten über das neutrale Ausland befördert werden.

Die Zeugenvernehmung. Als erster Zeuge wird der **Ministerpräsident** Wien vernommen, der am 17. März von dem Reichsgericht wegen Spionage zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er war in Basel bei der Rittgenenschaft, die nicht verifiziert. Er hatte deshalb eine Forderung an die Gesellschaft und wendete sich aus diesem Grunde an das französische Konsulat. Hier kam er mit d'Armont zusammen, der sich im Laufe der Zeit bereit erklärte, seine Ansprüche gegenüber der Gesellschaft zu vertreten, wenn er ihm dafür Nachrichten über militärische Angelegenheiten in Frankreich verleihe. Auf diesen nach Stuttgart, Ulm, Augsburg hat d'Armont sich dann bemüht, von Offizieren und Soldaten Nachrichten über Truppenstärken und Armeeverordnungsblätter zu erhalten. In Ulm ist er im Juli 1922 mit den Straßfahrern Adler und Bormann in Verbindung getreten, hat von ihnen auch Nachrichten erhalten, hat Vermittlungen auch Geld dafür gegeben und hat d'Armont die Nachrichten übermittle. Besonders Wert hat er darauf gelegt, daß die Schriftstücke einen Dienststempel enthielten. Im ganzen hat er über 60 Rapporte nach Basel geliefert.

Bei Auslieferung einer Reihe von Büchern hat ihm d'Armont erklärt, diese hätten keinen Zweck, es müßten Verträge sein, die im Reichswirtschaftsministerium gehalten würden. Wenn sie 27 mal in Stuttgart abgegeben werden und für diese Reisen regelmäßig bis ins einzelne gehen, würde d'Armont hiermit zufrieden sein. Er behauptet, die meisten Aufgaben nicht haben erledigen zu können. Immerhin hat er eine ganze Menge Material geliefert und auch erhebliche Beträge dafür erhalten. Im Januar 1923 hat er sich bemüht, mit Offizieren der Artillerie in Verbindung zu treten. Auch in München sollte er Verbindungen mit Offizieren aufnehmen, was nicht gelungen. Weiter war er in Bamberg und Würzburg, hat auch den Reichsgericht von Bamberg getroffen und d'Armont darüber Bericht erstattet.

Im März 1923 hat d'Armont im Auftrag d'Armonts die nationalsozialistische Bewegung studiert. Vom 19. bis 21. Juni 1923 war er in Stuttgart und ist nach der Konferenz in München gekommen. Er hat dort die Konferenz besichtigt. Material konnte aber Bormann beschaffen, dafür hat d'Armont Bericht über den Besuch der Konferenz erstattet. Später hat er Bormann weitere Aufträge erteilt.

Am feinen Werkzeugen Vertrauen einzufößen, hat d'Armont gesagt, er sei Agent einer Friedensliga, die im Auftrag des Reichsgericht, wie ein Auftrag an den Grafen von Bamberg

gelautet habe, den er von d'Armont erhalten habe, erklärt er, daß er die Bestimmung des bayerischen Ministers erforschen solle, außerdem solle er die Königsfrage und die Frage der Trennung Bayerns vom Reich zu vertiefen suchen. Er habe aber den Auftrag nicht ausgeführt, weil er ihm zu schuldig gewesen sei. Dem Reichsgericht hat er als Spende einen Betrag von 20 000 Mark überreicht.

Der Zeuge **Centile** bekam einen Auftrag, als Spion zum Zweck nach München zu fahren, um feindliche Agenten über die dortige militärische Demonstration zu informieren. Dessen Auftrag hat Centile aber nicht ausgeführt. Er ist vielmehr nach Berlin gefahren, hat sich dort mit einem gewissen Zimmermann in Verbindung gesetzt und ist schließlich mit diesem nach Basel gefahren. Auf Befehl d'Armonts sind dann beide nach Berlin gefahren, haben vorher einige hundert Frank erhalten, die sie in Berlin verbräut haben. Zimmermann hat dann an d'Armont nach Geld telegraphiert, dieser hat auch wieder 150 Frank geschickt. Schließlich sind sie nach Basel zurückgekehrt und haben behauptet, sie hätten das Material über die Geheimorganisation, aber es sei zu umfangreich und komme erst mit der Zeit nach. Der Zeuge ist dann nochmals mit d'Armont zusammengekommen und hat die Bekanntheit eines gewissen Wähler vermittelt. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Lepel übergibt dem Gerichtshof

Briefe von der Hand d'Armonts, die mit dem Decknamen Weingärtner unterzeichnet sind und an verschiedene deutsche Soldaten unter Befehligung von Geldbeträgen die Aufforderung enthalten, militärische Geheimnisse zu verraten. Die Bekanntheit des Mannes wurde dadurch besonders getuschelt.

Der Zeuge **Zimmermann**, der am Dienstag zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, stammt wie Centile aus Öhrbach in Baden. Er bestätigt im allgemeinen die Ausführungen des vorhergehenden Zeugen und gibt an, wie d'Armont immer auf Material gedrungen habe. Es kommen Briefe in Verbindung mit denen unter dem Decknamen „Martenbaum“

von dem Material die Rede ist und d'Armont schreibt Zimmermann solle unter allen Umständen Material besorgen, Geld spiele keine Rolle.

Der Kaufmann **Wähler** aus Öhrbach hat für seine Spionage bereits eine Zuchthausstrafe von 11 Jahren erduldet. Er hat mit dem Zeugen Zimmermann in Verbindung getreten und ist zu diesem Zweck mit dem Geheimen Rat in Verbindung getreten, um die Mandatverträge für 1921 und 1922 zu erhalten. Weg hat ihm aber nur ein Verbot für München übergeben, das Wähler dem d'Armont in Basel ausgehändigt habe.

Später im Oktober hat Wähler nochmals den Auftrag erhalten, nach Berlin und Potsdam zu fahren. Er sollte sich auch mit der Reichsbruderei in Verbindung setzen. Wähler ist wieder an Weg herangetreten und hat gefordert, sein Auftraggeber sei der französische Konsul in der Schweiz. Weg hat aber nichts herausgerückt, und da es zu lange dauerte, hat d'Armont ihm geschrieben, er solle bald liefern, sonst erhalte er keine Beschränkung.

d'Armont alias Weingärtner hatte sich inzwischen mit Weg über den Zweck der Reise unterhalten und sich im Mannheimer zu treffen. Weggeleit und ein Vorfuß wurden ihm zugesichert.

d'Armont ist schließlich durch einen fingierten Briefwechsel mit einem Hans Knoll an die Schweizer Grenze befreit worden und konnte dort in die Schweiz übergehen.

auf deutschem Boden verhaftet werden. Hinter dem Decknamen Hans Knoll verbirgt sich der Kriminalkommissar Wäger aus Stuttgart. Er hat mit d'Armont einen Zusammenkunft an einem Schweizer Zollposten gehabt und ihm dort verschiedenes Material überreicht. Er erhielt dafür 50 Franken und hat sich am 10. November wieder mit d'Armont getroffen. Als Treffpunkt war die Grenze bei Arem bestimmt. Aus der Aussage geht hervor, daß d'Armont die deutsche Grenze überschritten hatte und einwandfrei auf deutschem Boden verhaftet worden ist. Der Staatsanwalt hat sich auch bemüht, die Grenze zu erreichen. Auch die Schweizer Regierung hat anerkannt, daß die Verhaftung auf deutschem Boden stattgefunden hat.

Während des Gutachtens des militärischen Sachverständigen, Hauptmann Hauptmann, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Anklage lautet, daß der Angeklagte, ein französischer Hauptmann, die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährdet habe, indem er Nachrichten über die militärische Lage in Frankreich an die deutsche Regierung übermittelte.

Der Angeklagte wird beschuldigt, im Jahre 1922 und 1923 in Basel eine Spionagenzentrale geleitet zu haben, aus der Nachrichten über die militärische Lage in Frankreich an die deutsche Regierung übermittelte wurden.

Der Angeklagte wird beschuldigt, im Jahre 1922 und 1923 in Basel eine Spionagenzentrale geleitet zu haben, aus der Nachrichten über die militärische Lage in Frankreich an die deutsche Regierung übermittelte wurden.

Der Angeklagte wird beschuldigt, im Jahre 1922 und 1923 in Basel eine Spionagenzentrale geleitet zu haben, aus der Nachrichten über die militärische Lage in Frankreich an die deutsche Regierung übermittelte wurden.

Der Angeklagte wird beschuldigt, im Jahre 1922 und 1923 in Basel eine Spionagenzentrale geleitet zu haben, aus der Nachrichten über die militärische Lage in Frankreich an die deutsche Regierung übermittelte wurden.

Der Grenzschutz des Rheinraums:

Direktionsrat Dr. Obermerer führt aus: Der Grenzschutz des Rheinraums ist eine gefährliche Aufgabe...

Wann gemacht des fortgesetzten Verkehrs der Spionage...

Wenn man dieser fremde Offiziere, die spionierten, mit dem Justizamt verhandelt...

Frankreich wolle und durch Geheimschriften zwingen...

Der Verteidiger Rechtsanwalt Henschel betonte, daß sein Klient sich selbst gegen die Geheimschreibung...

Das Urteil.

Senatspräsident Richter machte folgende Ausführungen: Der Angeklagte hatte die Aufgabe, alle Tatsachen über das deutsche Heer festzustellen...

Die Vernehmungen zur Spionage sind verschiedene. Sie kann man das Helfershelfer nicht mit dem Angeklagten auf eine Stufe stellen...

Das Gericht hat aus diesen Erwägungen auf eine Haftstrafe von zwölf Jahren und 5000 Goldmark erkannt.

Die unmögliche Sommerzeit.

Die preussische Regierung hat vor einiger Zeit bei der Reichsregierung die Sommerzeit beantragt. Die Reichsregierung hat diesen Antrag wohlwollend geprüft...

Zum Volksbegehren der Meter.

Der Bund Deutscher Metervereine (Eich Dresden) hat an die Landesregierungen, die politischen Parteien, sowie an die Fraktionen des Reichstages...

Entwertungsrente" in Form eines Zuschlages zur gefälligen Entnahme. Aus dem Aufkommen dieser Geldentwertungsrente...

Freigabe der Kartoffelverarbeitung!

Nach immer gilt die auf Grund des Gesetzes über die Kartoffelverarbeitung erlassene Verordnung vom 22. August 1920, die dem Weidnerbergbau...

Frankreich wählt am 11. oder 19. Mai?

Das offizielle Wolff-Telegrammbüro verbreitet in Deutschland einen Artikel des „Echo de Paris“ über den vorläufigen französischen Wahltermin Mitte Mai...

Das deutsche Volk sollte an den letzten vier Jahren der französischen Politik wirklich gelernt haben, daß eine Währungsreform...

Gurzon gegen Macdonald.

Sonson, 20. März. Das Unterhaus hat gestern Abend mit 304 gegen 114 Stimmen den Antrag der Liberalen...

Lord Grey erklärt dagegen im Namen der Liberalen, daß es gefährlich sei, sich in Zukunft bei internationalen Konflikten ausschließlich auf die vermittelnde Tätigkeit des Völkerbundes zu verlassen...

Paris über Thennis.

Paris, 20. März. Die Programmierung des neuen belgischen Kabinetts, die mit allgemeiner Spannung erwartet werden, hat in Paris die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit...

ihren Zahlungen geräumt werde. Aus dem Zeichen einer entsprechenden Stelle in der belgischen Handelsrechnung...

Belgische Meinung in England.

London, 20. März. Die Meinungen, die der Beschluss der Vorentscheidungen, welche sich, gehen ausmachten, Times' die immer den Plan befristete, schreibt, man kann...

Singapore.

Trog des Bundes Australiens, Neuseelands und Neuseelands hat sich die britische Regierung jetzt endgültig entschieden, Singapore als Flottenstützpunkt nicht auszubauen...

Von den Mächten des Ostens begrüßt Japan die Einstellung der Befestigungsarbeiten in Singapore als die Befreiung von einem schweren, untragbaren Druck...

Für England stellen sich die Dinge freilich anders dar. Ein Jwanag, das Reich der aufgehenden Sonne, ist die Veranschaulichung militärischer Herrschaft...

Alghanistan könnte gefährlich werden und bedeutet eine gefährliche Stelle des Ringens. Ihm gegenüber ist daher der Großteil des englisch-indischen Heeres verammelt...

Eine Flotte zu veranlassender Flotte würde die weite Inselarchipel bis zum australischen Kontinent zu bedecken haben. Dies ist nicht englisch. Es ist das älteste europäische Kolonialreich...

Der Gedanke, einen gewissen militärischen Jann von Kapstadt über Peking bis zum tasmantischen Hobart zu ziehen, beruht nicht nur auf dem Wunsch, das Innere dieses Bodens kriegerischen Operationen zu entziehen...

Trog alledem entsteht sich jetzt Macdonald, den Australien aufzugeben. Er ist in Schwierigkeiten, denn nicht nur die Wirtschaft auf der Insel, sondern die eigene Partei...

Aus Provinz und Reich

Kommunistische Banditen.

Hamburg, 20. März. Kräftig hat gemeldet worden, daß ein Kaufmann von den Toren Lübecks von drei Männern angefallen und unter Bedrohung mit dem Revolver bis aufs Hemd ausgeplündert worden war. Der Lübecker und Oldenburger Kolleg gelang es, die drei Räuber zu ertreiben und festzunehmen. Man hat mit diesen Beuten die Führer einer gattungslos vertriebenen Partei, die nach einer Reihe von Mitgliedern verhaftet gemacht werden konnte. Bei der Vernehmung der Verhafteten hat sich herausgestellt, daß alle drei kommunistische Führer sind. Der Hauptbeteiligte Riemann war bis zuletzt der Vorgesetzte der kommunistischen Partei in Stedelsdorf bei Lübeck, und seine beiden Genossen waren ebenfalls kommunistischer Partei hervorragende Mitglieder. Riemann war auch Mitglied des Erwerbsloosenrates. Nachts zog er mit seiner Bande auf Raub aus. Den Bahnhof Stedelsdorf hatte sie vollkommen ausgeplündert und halb abgebrochen. Unter der Beute befanden sich auch ganze Schweine.

Der Oberfeld der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Überfall auf die Schwopemanten in der Barresdorfer Straße, den dem Nachtmittel Waffe erschossen wurde, sowie alle übrigen Raubüberfälle auf Schwopemanten aufzuklären. Jetzt steht, daß alle Überfälle von kommunistischen Banditen in Lübeck und in den umliegenden Orten ausgeführt wurden. Sämtliche Täter wurden festgenommen.

Wie ein drittes Blatt dazu meldet, handelt es sich um ein planmäßiges Vorgehen instabiler Kreise, mit dem Zweck, zunächst in den Besitz von Waffen zu kommen, dann aber auch die effektive Gewalt durch terroristische Angriffe einzuführen, um so den Boden vorzubereiten für die eigenen Pläne, die auf Anwendung der kommunistischen Zentrale in Berlin und Moskau ausgeführt werden sollen. Täter sind ausschließlich Mitglieder der kommunistischen Parteien. Die Mitglieder dieser Kreise haben sich regelrecht zusammengeschlossen und eine Art Zirkel gebildet. Die Leute,

die den Überfall ausführen sollten, wurden durch das Los bestimmt. Daß es sich um eine Organisation innerhalb der K. P. D. und nicht etwa um grüne Jungen handelt, geht schon daraus hervor, daß im Zugehörigen Männer von 25 bis 30 Jahren der Bande angehört. Der vor einiger Zeit begangene Schwopemantenraub in Remisehof läßt es als wahrscheinlich erscheinen, daß nicht eine rein örtliche Organisation in Frage kommt, sondern, daß hier eine auf Umwehung der Zentrale gebildete Gruppe zusammengelassen ist, die nach großen bestimmten Maßstäben arbeitet.

Der Suizid am einem 13-jährigen Mädchen.

Am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr wurde, wie bereits gemeldet, an der Kellerterrasse des Grundstücks Marschallstraße 18 in Dresden ein Mädchen tot aufgefunden. Die Morgensicht stellte nach dem Befunde fest, daß Suizid vorliegt, Kopf und Gesicht des Mädchens waren mit Blut bedeckt, die Unterkiefer gebrochen. Vom Täter fehlte zunächst jede Spur. Für die Ermittlung wurden sofort 500 Goldmark ausgesetzt. Es konnte später festgestellt werden, daß es sich bei der Ermordeten um ein dreizehn Jahre altes Schulmädchen Charlotte C., wohnhaft Marschallstraße 27, handelt. Die Cener hatte gegen 1/11 Uhr ihre elterliche Wohnung verlassen, um einen Tag in ihre Mutter zu verbringen. Wie festgestellt ist, hat sie sich an dem Auftragsort nur zehn Minuten aufgehalten, so daß anzunehmen ist, daß sie gegen 1/12 Uhr wieder in der Marschallstraße war. Nach weiteren Erhebungen der Morgensicht lenkt sich der Verdacht auf einen 30-40 Jahre alten Mann, etwa 165 Zentimeter groß, mit abfallenden Schultern und buntem Haar und kleidet mit ledrigem Schurzrock. Der Unbekannte ist bekleidet mit ledrigem Mantel, grauer Wäse und gelben Schuhschäufen.

Halle, 20. März. (Eine aufsehenerregende Verurteilung.) fand dieser Tage vor der hiesigen Strafammer gegen den Protokollführer der dortigen Frankfurter Stützungen Müller statt. In einer Verurteilung, die die Schüler der Frankfurter Stützungen herausgaben, be-

klagten sie sich darüber, daß der Jüder, der für ihre Gründung bestimmt sei, ihnen entzogen würde. Geben dem die Zeitung zu Gesicht kam, hielten die Schüler zur Rebe die Jungen anfertigen frei heraus, daß der für die Speisefabrik bestimmte Jüder nicht rechtmäßig verwendet werde. Die Verhaftung machte der Direktion Mitteilung; gleichzeitig wurde ein Studienassessor von einem Angehörigen der Großhandlung Berber u. Co. in Halle, daß auf Veranlassung des Protokollführers Müller Jüdenstudium an Ministerialbeamte abgegeben seien. Auf Veranlassung von Parlamentarier fand der Staatsminister eine Untersuchungskommission nach Halle. Als diese die Geschäftsblätter der Firma Berber u. Co. einsehen wollte, ergab sich, daß die betreffenden Seiten aus den Büchern entfernt waren. Einwandfrei wurde in der Verhandlung festgestellt, daß Müller in den Jahren 1917, 1918 und 1920 an Berliner Ministerialbeamte, z. B. an Geh. Rat Schulze im Finanzministerium, an Geh. Rat Israel, an Rechnungsrat Heule und andere Jüden gemeldet habe. Die Firma Berber vertritt die auf Müllers Rechnung den Jüden in Polsterwaren mit 10 Pfund und mehr nach Berlin. Müllers gab der Firma die erforderlichen Jüdenarten, die zum Teil auf 25 Pfund Jüden lauteten. Die Staatsanwaltschaft stellte sich auf den Standpunkt, daß Müllers die Jüdenarten den Geschäftsführern der Frankfurter Stützungen entnommen habe. Müllers dagegen behauptet, er habe sich vor Beginn der Jüdenstudium für eigenen Bedarf mehrere Jüdenarten beschafft. Den Ministerialrätern habe er gefällig sein wollen. Die Jüdenarten habe er z. T. von guten Bekannten bekommen. Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahre Gefängnis wegen Unterschlagung und Beamtenehrbeleidigung. Das Gericht aber erkannte auf Freisprechung.

Brüssel, 18. März. (Nachfrage Raubmörder.) In Dankeles in Wallonen wurde ein 18-jähriger Mann verhaftet, der mit einem 13-jährigen Freund nicht weniger als acht Menschen getötet hatte. Die Opfer waren Leute, die an dem Ufer der Sambre spazierten und dort von den beiden niedergeschossen wurden. Nachdem die Leichen ausgeplündert waren, wurden sie ins Wasser geworfen.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1924.

1. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:
 1. alle im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts wohnenden oder sich dauernd vorübergehend aufhaltenden selbständigen steuerpflichtigen Personen (Einzelfische oder Wirtschaften).
 2. juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts sowie alle Bergesellschaften, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, sofern sie den Sitz oder den Ort der Leistung im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts haben, also insbesondere Erwerbsgesellschaften (wie Aktien-, Aktien-, Kommanditgesellschaften, auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften), Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften, eingetragene Vereine, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, die Erwerbszwecke verfolgen (außer Gesellschaften, bei denen die Gesellschaft als Unternehmer des Betriebs anzusehen sind, z. B. offene Handels- und Kommanditgesellschaften, Stiftungen, Anstalten und Zweckvermögen), wenn sie am 31. Dezember 1923 ein Vermögen von mehr als 5000 Goldmark beisehen haben.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind ferner verpflichtet ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leistung alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach § 3 des Vermögenssteuergesetzes mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen steuerpflichtig sind (besonders Steuerpflichtige).

II. Die hiermit zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 1. bis 15. April 1924 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordruck für die Steuererklärung können vom 1. April ab von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden, soweit dem Steuerpflichtigen keine Formulare überhandfind. Die Steuererklärung ist schriftlich zweifach eingeleistet einzureichen oder mündlich vor dem Finanzamt abzugeben (Sonntags 8-12 Uhr, Weiße Mauer 48).

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

Die Abgabe der Steuererklärung bei dem unterzeichneten Finanzamt ist nicht erforderlich, soweit die unter 1. bezeichneten Personen die Steuererklärung bei einem anderen Finanzamt abgegeben haben.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. D. der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Verzug einer Hinterziehung der Vermögenssteuer wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein schriftliches Bescheid gegen die Steuerpflichtige (Steuerbefreiung) wird ebenfalls bestraft.

Merseburg, den 21. März 1924.

Das Finanzamt.

Sonnabend, den 22. März steht ein Transport prima hochtragender sowie freimittiger Kühe

in Merseburg, „Goldener Bahn“ preiswert zum Verkauf.

Robert Amling.

Sonnabend, den 22. März 1924

zum Lügener Viehmarkt

steht ein großer Transport sehr schöne ganz schwere hochtragende Kalben u. Kühe bei mit billig zum Verkauf



G. Kiesel Nachf.

Carl Schumann.

Viehhandlung Lügen. Tel. 376.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 23. März 1924 (Ostern) Gesamtheit wird eine Kollekte für die Samariterherberge in Hordburg. Es predigen:

Dom (geheilt). Vorm. 10 Uhr: Superintendent Wihorn. Vorm. 10.45 Uhr: Kinder Gottesdienst. Vorm. 8.30 Uhr Gottesdienst für Taufstunde in der Herberge zur Heimat.

Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr: Pensionsbibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diab. Wuttele Jungfrauen-Verein d. Vaterl. Frauen-Vereins (Schnitzstraße 1).

Sonntag abends 7/8 Uhr: Versammlung.

Christl. Verein Junger Männer (Schnitzstr. 1). Sonntag u. Dienstag 8 Uhr: Versammlung. Landeskirchliche Gemeinschaft (Herz. 3. Heimat). Mittwoch abends 7/8 Uhr: Bibelgesellschaft.

Bücherei: Gottesdienst mit Vesper. Stadt. Vorm. 9 Uhr: Prüfung der Konfirmanden Pastor Hagemann. Vorm. 11 Uhr: Prüfung der Konfirmanden, Pastor Riem.

Ev. Männer- und Jugendvereine.

Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung an der Weis 5. - Pastor Hagemann. - Wanderungen durch die Gegend. Freitag-Abend. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde. Anschließend 9-10 Uhr Spielabend.

Evangel. Mädchenbund St. Magimi.

Dienstag abends 8 Uhr: Chorabend in der Herberge zur Heimat. - Lehrer Busch.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung an der Weis 5. - Pastor Riem.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Krahenstein Prüfung der Konfirmanden. - Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Neudorf. 8 Uhr: Pastor Krahenstein.

Neumarkt. (Die Kirche ist geheilt.) Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit. Prüfung der Konfirmanden. - Vorm. 11 Uhr: Pastor Voit.

Maria. abends 8 Uhr: Jugendbund des Neumarktes im Pfarrhaus.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhaus.

Evangelische Kirchengemeinde Neu-Nöffen.

10 Uhr: Gottesdienst. Pastor Pastor Jensch. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe.

Katholische Gemeinden.

7 1/2 Uhr Frühmesse mit Predigt, vorher Beichtgelegenheit; 10 Uhr: Hochamt mit Predigt; 11 Uhr: Fastenpredigt durch einen Franziskanerpatron aus Halle.

Neu-Nöffen. 8 Uhr Frühmesse mit Predigt; vorher Beichtgelegenheit; 10 Uhr: Hochamt mit Predigt; 3 Uhr: Fasten-Andacht.

Raudorf. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Neu-Blondorf (Schule). 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Rosna. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

J. G. Knauth & Sohn

Merseburg Entenplan 2

empfehlen für die Saison:

Herrenfilzhüte in den neuesten Formen und Farben von den billigsten bis zu den feinsten Qualitäten

Klapphüte / Sportmützen / Regattamützen
Kinderrosenmützen / Lederhüte / Auto-
kappen Selbstbinder / Krautwatten / Strick-
binder / Oberhemden / Einsatzhemden / Kragen
Manschetten in Leinen u. Dauerwäse
Taschentücher / Hosenträger / Sockenhalter
Lederriemen / Lederhandschuhe / Stoffhand-
schuhe / Sportstutzen / Socken / Stöcke
Sämtliche Herrenartikel.

Für Konfirmanden: Hüte, Wäse, Krautwatten
Größte Auswahl Niedrigste Preise
Beachten Sie unsere Qualitäten!

Kaufe auf Kredit!

Neu eingetroffen: Großer Posten Damen- und Herrenbekleidung.

Damen-Mäntel, Damen-Röcke, Kostüme, Kleider, Strick-
jacken, Damen- und Kinderpostmäntel, Herren-
Anzüge, Cutaways, Herren- und Damen-
Kostüme, Herren- und Damen-
Kragens, Summit-Mäntel, Herren-
Sportmäntel.

Kleine Anjahlung. Bohnerate von 1 Mk. an.
Sofortige Auszahlung der Ware nach erfolgter
Anjahlung.

Paul Sommer, Halle/S.

Leipziger Straße 14, 1, gegenüber Cafe Jörn.

Großer Pferdemarkt in Lügen.

Sonnabend, den 22. März, stehen erhaltene, aber bereits pa. beladene 4- u. 5-jährige

Arbeits-Pferde

in allen Farben, meistens Stuten
darunter eine tragende Fuchsstute unter leichten Zahlungsverbindungen zum Verkauf.

Hudolf Strehl,

Pferdehandlung, „Stadt Berlin“ Lügen
Telefon Nr. 359.

In

Boglers Buchhandlung

(Zuh. Kopp) in Annendorf ist neu erschienen

Annendorfer Sagen

(Heft 1)

Erzählungen von Lehrer Otto Schroeter in Annendorf.

Die Broschüre ist 40 Seiten stark in farbigen Umschlag. - Preis 60 Pfennig.

Bestellungen nimmt auch die Geschäftsstelle des Merseburger Tageblattes, Halberstr. 4, sowie unsere Filiale Gottliebstr. 3 entgegen.

Praxis für Homöopathie u. Biochemie

Sprechstunden: 10-12 vorm. und 3-5 nachm.
O. Brack, Merseburg, Leunser Str. 24

Un-
Bezugs-
15 Ogr.
Kasse 4; B.
Erfüllungs-
Nr. 70

Die

Frage,
das neue
vom 28.
Liederbuch
sollte, ein
an der 28.
langen in
Stellen 5
April 19
öffentliche
vorgemacht
dieser Bot-

IX. Hoff-
Dietrich
mattigen
der Fische
schick da
an Deut-
Hochzeit
Schönheit
hauslich
festung de
durch fro
der fische
sich um
an der 28.
vor Uebri-
tischen E
eine gem
Regierung
wird hier
April 19

X. Hoff-
merem
reich um
Gehmal
tische M
fischen B
fischen B
mit der
gemeinfa
gegenüber
rung de
mit der
ein ha
vertra
Deutschl
XI. Hoff-
fische M
fische M
libridisch
hoffmann
kommun
fungen
verfügt
von G
famen
Artritel
Nach
fische M
gefaher
werden
rasche
von G
fische, u
sein De
jein die
und B

Paris
das die
Hilfang
haben A
hular
wäre,
H-Be
bis
des Fr
schick
haben
Die
fure
dem
Hänen

Paris
in den
umging
schick
Paris
weder